

Antrag
der Fraktion der SPD

Vorlage eines Ergänzungshaushalts zum Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 1997

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich gemäß § 32 der Bundeshaushaltsordnung einen Ergänzungshaushalt zum Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 1997 (Drucksache 13/5200) zu beschließen und dem Deutschen Bundestag zuzuleiten.

Bonn, den 10. September 1996

Rudolf Scharping und Fraktion

Begründung

Der Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 1997 verletzt den Grundsatz der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Wesentliche Ansätze auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite sind falsch oder völlig unrealistisch geplant bzw. von der Entwicklung inzwischen erheblich überholt. Dies gilt insbesondere für die Arbeitsmarktpolitik sowie für die Nichtberücksichtigung von Teilen des erst vor wenigen Monaten verabschiedeten Jahressteuergesetzes 1996. Die Folge ist eine Finanzierungslücke in zweistelliger Milliardenhöhe.

Eine seriöse Beratung des Haushalts ist erst möglich, wenn die Bundesregierung in einem Ergänzungshaushalt dargestellt hat, wie sie die Finanzierungslücke zu schließen gedenkt.

